

Lokschuppen: Weg frei für Privatisierung

Kaufangebote von Förderverein Lokschuppen und S+S-Immobilien erwartet · „Keine Konkurrenz zu Waggonhalle“

Der Lokschuppen wird zum Verkauf ausgeschrieben. In den nächsten Monaten sollen sich private Investoren beim Magistrat melden, um konkrete Nutzungs- und Sanierungskonzepte vorzulegen.

von Björn Wisker und Till Conrad

Marburg. Millionengeschäft oder Symbolbetrag? Ein Verkauf des Lokschuppens ist laut Verwaltungsspitze auch für einen Euro denkbar: „Mist-Konzepte, die uns zwar mehr Geld aber keinen überlebensfähigen Standort bringen, können nicht das Ziel sein. Ich will nicht, dass eine kluge Idee am Preis scheitert“, sagt Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD).

Jede kreative Idee, die eine nachvollziehbare, schlüssige Planung haben und das Gebäude vor dem Einsturz retten, bekommen eine Chance. „Privatisierung heißt nicht verramschen.“ Vor dem „Erlösgedanken“ solle die Frage nach einer baulichen Rettung und einer erfolgreichen Nutzung des Lokschuppens stehen. „Die Zeit, kluge Ideen nur vage zu äußern, sie aber nicht konkret zu Ende zu denken, muss vorbei sein. Sonst ist das Ding platt bevor wir tatsächlich umsetzbare Ideen haben“, sagt Spies. Die Einsturzgefahr sei „akut“.

Bürgermeister Dr. Franz Kahle (Grüne) erklärt auf OP-Nachfrage: „Je nach Verlauf der Winter, also wenn die Schneelast hoch und der Frost stark ist, geht Verfall schneller oder langsamer voran.“ In den vergangenen fünf Jahren, seit dem Kauf des Geländes, habe die Kommune mehr als 200 000 Euro in die Instandhaltung investiert, jährlich Teile des Dachs entfernen müssen.

Kritiker fürchten, dass es Magistrats-intern bereits eine Festlegung auf weiteren Wohnungsbau – und im Zuge dessen auf die Marburger Immobilieninvestoren S+S – gibt. „Eine ausdrückliche Festlegung auf den Bestand als sozio-kul-



Bis vor fünf Jahren war der Lokschuppen Eigentum der Deutschen Bahn. Seitdem hat die Stadt nach eigenen Angaben mehr als 200 000 Euro in die Instandhaltung des „akut einsturzgefährdeten“ Gebäudes investiert.

Foto: Thorsten Richter

turelles Areal wäre wichtig. Aber ‚Schnellschuss-Thommy‘ gibt dieser wichtigen Sache keine Zeit, öffnet das Tor für private Investoren und Wohnungsbau“, sagt Inge Sturm (Linke). Piraten-Politiker Dr. Michael Weber sieht das ähnlich: „Das Resultat ist schon absehbar, man ahnt was kommt: Wohnungsbau samt Café, dass auch noch in Konkurrenz zum Rotkehlchen steht.“ Die Kritiker beziehen sich auf den Wunsch des Immobilienunternehmers Karsten Schreyer, ein zwei- bis dreigeschossiges Wohnhaus zu errichten.

Im Gespräch mit der OP weist Schreyer den Eindruck zurück, er plane lediglich eine Wohnbebauung auf dem Gelände. Sein Konzept beschränke sich nicht nur auf den Lokschuppen. „Mein Angebot sieht auch eine Multifunktionshalle als Ergänzung zur Waggonhalle auf dem Gelände vor“, sagt Schreyer.

Selbstverständlich werde er sich mit den vorhandenen Nutzern auf dem Waggonhallengelände abstimmen.

Spies wirft den Kritikern „Populismus, gezieltes Angstschüren“ vor. So ernst, wie man künftig jede kreative Idee nehme, werde man auch Wohnungsbau nicht von Beginn an und kategorisch ausschließen. „Gegebenenfalls in Nordrichtung Wohnungen hinzustellen muss doch wenigstens denkbar sein, eine Möglichkeit unter anderen sein dürfen.“

Linke für Gewobau als Investor für Lokschuppen

Egal wer den Zuschlag erhalte: Die denkmalgerechte Sanierung sei zu gewährleisten.

„Das Ganze ist kein Ideenwettbewerb, an dem sich jeder beteiligen kann. Es können nur die mitmachen, die von jetzt auf gleich mehrere Millionen Euro

lockermachen können“, entgegnet Weber. Er forderte in der Stadtparlamentssitzung vergeblich eine Ausdehnung des Ausschreibungszeitraums auf sechs Monate, um Crowdfunding – also eine Finanzierung durch Teilbeträge, die von vielen Interessenten kommen – zu ermöglichen.

„Vier bis sechs Wochen lassen keinen Spielraum, ermöglichen keine vernünftige Stadtentwicklungspolitik“, sagt Weber, der auch einen Gestaltungsvorrang für das Mitmachmuseum des Lokschuppen-Fördervereins befürwortet.

Der Förderverein Lokschuppen hat ein Konzept erarbeitet, das im Lokschuppen im Wesentlichen die Errichtung eines Technikmuseums etwa für historische Dampflok vorsieht, eine Nutzung des Lokschuppens als Messe- oder Ausstellungsstandort und als Raum für Veranstaltungen mit mehr als

1 000 Besuchern. Damit bilde man auch keine Konkurrenz zur Waggonhallen-GmbH, die Veranstaltungen dieser Größenordnung nicht anbieten kann, sagte Vize-Vorsitzender Dr. Fritz-Joachim Hüther.

Tanja Bauder-Wöhr (Linke) fürchtet, es sei „nicht glaubwürdig“, dass mögliche bundesweite Interessenten innerhalb weniger Wochen „riesige Aktenberge durcharbeiten“ und schlüssige Konzepte vorlegen. Sie schlägt die Gewobau als Investor – „die haben die nötigen Millionen auch“ – oder als Verpächter der Fläche für eine Fremdnutzung vor.

Der SPD-Stadtverordnete Gerald Weidemann sagt: „Die Nutzung des Lokschuppens soll eine Ergänzung zur bestehenden Infrastruktur sein, nichts verdrängen. Die Identität soll erhalten, der Kulturstandort Waggonhallenareal nicht aufgegeben werden.“



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER! von Björn Wisker

Was ist nur verkehrt gelaufen, dass auf öffentlichen Toiletten Hinweisschilder zur Hygiene hängen müssen? Im Marburger Justizkomplex in der Universitätsstraße etwa finden sich Tafeln, auf denen haarklein beschrieben steht, wie das mit dem Händewaschen funktioniert, was der Sinn davon ist. In der Stadtverwaltung gibt es Ähnliches, zuletzt wurden – wenn auch offenbar von genervten Mitarbeitern eigenhändig erstellt – noch Zettel mit der Aufforderung „Bitte spülen!!!“ aufgehängt. Mag ja sein, dass der Toilettengang zu den letzten Tabus der Gesellschaft zählt. Doch was um Himmels Willen veranlasst jemanden, seine Mitmenschen mit Anblick und Geruch seiner Hinterlassenschaften zu quälen?!

Angriff auf behinderte Frau

Marburg. Bedrängen, beleidigen, bedrohen, schubsen, schlagen: Mehrere Jugendliche haben in der Straße Am Richtsberg eine geistig behinderte Frau angegriffen. Sie versuchten auch, der Frau den Rucksack zu entreißen, flüchteten dann aber ohne Beute. Nach Angaben der Polizei handelt es sich offenbar um eine Gruppe von vier bis sieben Jugendlichen, die sich in der Nähe der Bushaltestelle / Einkaufszentrum aufgehalten haben. Tatzeit: vergangener Freitag zwischen 14 und 16 Uhr. Die angegriffene Frau erlitt leichte Verletzungen und steht unter Schock. Die Kriminalpolizei sucht Zeugen, die die Situation – die Schreie, Drohungen, das Weinen des Opfers – mitbekommen haben.

Kontakt für Zeugen: 0 64 21 / 406-0.

POLIZEI

Hunderte Heuballen brennen

Marburg. Auf einer Wiese im Capper Feld zwischen dem Zimmerplatzweg und dem Steinmühlenweg brannten am späten Freitagabend (22.45 Uhr) etwa 250 Heu- und Strohballen. Die Feuerwehr konnte die Ballen nur noch kontrolliert abbrennen lassen. Die Polizei schließt alles andere als Brandstiftung aus. Schaden: 7500 Euro. Hinweise: 0 64 21 / 406-0.

Diebstahl von Ampel-Batterien

Marburg. In der Zeit zwischen 17.30 Uhr am Freitag und 9.30 Uhr am Samstag waren zwei mobile Ampeln an der Baustelle in der Straße Am Richtsberg ohne Energie. Ursache war der Diebstahl der jeweiligen 12-Volt-Varta Batterien im Gesamtwert von 400 Euro. Bislang ist ein weiterer Schaden durch den Ampelausfall nicht bekannt. Hinweise: 0 64 21 / 406-0.

Wäschetrockner gestohlen

Marburg. Aus einem Keller eines Mehrfamilienhauses in der Raiffeisenstraße haben Einbrecher zwischen 16.30 Uhr am Donnerstag und 9.30 Uhr am vergangenen Freitag einen Wäschetrockner gestohlen. Der oder die Täter demontierten den Verschluss des Keller-verschlags, um an die Beute zu kommen. Der Schaden beläuft sich auf mindestens 300 Euro. Hinweise: 0 64 21 / 406-0.

Stadtwerke: Grüne verlieren Aufsichtsratssitz

von Björn Wisker

Marburg. Im Aufsichtsrat der Stadtwerke ist ab sofort kein Grünen-Stadtverordneter mehr vertreten. Stattdessen haben die Linken einen Sitz im Kontrollgremium des kommunalen Unternehmens erlangt. Das ist das Ergebnis der Wahl während der Stadtverordnetenversammlung. Bei der Abstimmung erhielten Grüne und Linke dieselbe Zahl der Stimmen – obwohl die Grünen im Parlament einen Sitz mehr haben und die Wahl der jeweiligen Fraktionsvorschlüsse daher als Formalität gilt. Nicht so in dieser Legislaturperiode, die von Dietmar Götting angeführte Liste der möglichen Grünen-Räte kam nicht durch. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los über den Aufsichtsratssitz – und dieses zogen die Linken, womit Jan Schalauske ab sofort Teil des Gremiums ist. Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern (fünf aus dem Parlament). Vorsitzender war jahrelang Bürgermeister Dr. Franz Kahle (Grüne), seit kurzem übt aber OB und Nahverkehrsdezernent Dr. Thomas Spies (SPD) – wie im Gesellschaftervertrag geregelt – die Funktion aus.

Größerer Bus für Michelbachs Schüler

Der Einsatz einer zusätzlichen Linie 15 am Morgen lehnt die Kommunalpolitik ab

Das Problem überfüllter Schulbusse aus Michelbach ist nach Ansicht des Magistrats gelöst.

von Björn Wisker

Marburg. Eine Elterninitiative aus Michelbach beklagte zuletzt die Situation im morgendlichen Nahverkehr in der überfüllten Linie 15. Bei Bremsmanövern des Überlandbusses, so die Kritiker, seien alle, die keinen Sitzplatz haben oder zu klein für das Greifen der Haltegurte seien, gefährdet. Bisweilen könnten Kinder aufgrund der Überfüllung des Busses, der in Michelbach um 7.10 Uhr abfährt, nicht an der Haltestelle aussteigen, an der sie raus müssten. Das Gedränge samt der Gefährdung sei „unzumutbar“.

Dr. Karsten McGovern (Grüne) und Chrisoph Ditschler (FDP) fordern den Magistrat zum unverzüglichen Handeln auf – nach Möglichkeit, wie die Liberalen verlangen, mit einem Zusatzbus. Nach Aussage von Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) fahre seit dem Aufkommen der Beschwerden bereits ein größerer Gelenkbus,

in den mehr Fahrgäste passen. Eine „deutliche Entschärfung“ gebe es seitdem. Zudem sei von den Stadtwerken bereits ein weiterer Anhänger bestellt worden, um künftig und dauerhaft mehr Personen befördern zu können. Jedoch: Eine Überfüllung, wie von den Eltern geschildert, habe zu keinem Zeitpunkt vorgelegen. Das sei das Ergebnis

der Auswertung der elektronisch ermittelten Fahrgastzahlen zwischen Ende September und Mitte Oktober. Der eingestellte Bus habe eine Kapazität von 120 Fahrgästen, tatsächlich führen nur zwischen 67 und maximal 91 Menschen mit.

„Die Kinder sicher und entspannt zur Schule zu bringen, da sollte man aber nicht nur

auf die Beförderungskapazität schauen“, sagt McGovern.

CDU-Fraktionschef Wieland Stötzel kritisierte indes die Stadtwerke und deren Beschwerde-Management sowie den Fahrgastbeirat: „Es ist bemerkenswert, dass die Eltern offenbar erst an den OB schreiben müssen, damit sich in der Sache etwas tut.“



Gedränge herrscht auf dem Weg speziell zum Schulviertel in der Leopold-Lucas-Straße. Archivfoto